

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	272a
		TOP:	3a
Verhandlung		Drucksache:	413/2022
		GZ:	T
Sitzungstermin:	26.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidt / pö		
Betreff:	Max-Eyth-See Nutzungskonzept		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 22.07.2022, GRDRs 413/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) dankt für die umfassende Bearbeitung des Themas. Er bitte um nochmalige Prüfung der öffentlichen Toilette im Bereich des "Grünen Klassenzimmers". Bezüglich der Einrichtung einer weiteren Schranke im Bereich Wagrainäcker schlägt er vor, zunächst mit einem Schild regulierend einzugreifen, was aber durch die Verwaltung durch Kopfschütteln als nicht zielführend deklariert wird. Zustimmung signalisiert er zur Parkraumbewirtschaftung, um wildes Parken am Wochenende zu reduzieren. Er plädiere jedoch angesichts des Parkdrucks dafür, generell ein Parkraummanagement einzuführen und eine Regelung zum Umgang mit dem P+R-Parkplatz unter der Woche zu treffen. Dies sei einfacher handhabbar und vermeide eine Abwanderung in die Wohngebiete. Abschließend bittet er um eine getrennte Wegführung bei den Radwegen, um Konflikte zu vermeiden.

Mit der Vorlage weniger zufrieden ist StRin Bulle-Schmid (CDU), die auf den immer noch unbeantworteten Antrag Nr. 157/2015 verweist, in dem ein Nutzungskonzept für den Max-Eyth-See gefordert werde. Damals sei es um den Rad- und Fußverkehr gegangen, der nach wie vor problematisch sei; mittlerweile ziehe der Ort Massen von Menschen aus der Region an. Diese hohe Personenzahl und das damit einhergehende Lärm- und Müllproblem müssten reduziert werden. Sie bitte darum, die Freigabe einer Fläche für Grillen nochmals zu überdenken; sie halte eine beschränkte Zahl an vorge-

gebenen Grillstellen für zielführender. Wenn kommuniziert werde, dass nur eine begrenzte Zahl zur Verfügung stehe, kämen auch weniger Menschen an den Max-Eyth-See. Illegales Grillen müsse stärker kontrolliert werden. Auch der Vergleich mit anderen Kommunen wie Berlin und Köln sei nicht nachvollziehbar; ein Blick in die Region nach Fellbach und Waiblingen sei hilfreicher. Unterstützung äußert die Stadträtin zur Forderung des Bezirksbeirates nach Einrichtung einer weiteren Toilette beim "Grünen Klassenzimmer". Es sei nicht ausreichend, nur Schilder zu Verhaltensregeln aufzustellen, sondern es müssten auch regelmäßige Kontrollen - vor allem nach 21 Uhr - und entsprechende Sanktionen erfolgen. Des Weiteren bedürfe die Situation zwischen Radfahrern und Fußgängern einer sofortigen Lösung; sie schlage wie bereits in Antrag Nr. 157/2015 gefordert vor, den Radverkehr am Wochenende auf der Austraße zuzulassen. Das Aufstellen weiterer Müllbehälter begrüßt StRin Bulle-Schmid. Insgesamt plädiert sie für eine Überarbeitung der Vorlage und Aufnahme der Änderungswünsche aus dem Bezirksbeirat.

StRin Meergans (SPD) teilt die Unzufriedenheit ihrer Vorrednerin und ist der Auffassung, dass die Vorlage nachbearbeitet werden muss. Zustimmung äußert sie zur Einrichtung einer zweiten Schranke sowie zur Forderung des Bezirksbeirates, am "Grünen Klassenzimmer" eine weitere Toilette einzurichten. Bezüglich der Kontrolle sei ein Sicherheitsdienst zwar nicht optimal, aber "besser als nichts", um auf die Regeln hinzuweisen. Beim Aspekt der möglichen Parkraumbewirtschaftung findet die Stadträtin es wichtig, die Folgen und den heute schon bestehenden Parkdruck großräumig in den Blick zu nehmen. Dies betreffe nicht nur Hofen; mittlerweile werde bis nach Münster geparkt. Auch die Sicherheitssituation an der Mühlhäuser Straße müsse bewertet werden, da regelmäßig gefährliche Ereignisse zu beobachten seien. Es sei nicht der Weisheit letzter Schluss, am Wochenende Parken dort zuzulassen. Ähnlich wie StRin Bulle-Schmid ist sie der Meinung, die Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr müssten schnell gelöst werden. Auch die Möglichkeiten zu grillen sollten nochmals geprüft werden, da diese Frage vor Ort sehr kontrovers betrachtet werde. Einerseits gebe es in vielen umliegenden Kommunen keine vergleichbaren Orte zum Grillen; andererseits bestehe Verständnis dafür, wenn Besucher die Naherholungsfunktion nutzen wollten. Das Ausmaß des Grillens müsse neu verhandelt werden, auch wenn klar sei, dass vor allem Menschen ohne Garten dort grillten. Auf diese soziale Dimension müsse Rücksicht genommen werden. Abschließend stellt sie die Frage nach dem Ergebnis zum Bauantrag der Außengastronomie auf der Halbinsel, wozu BM Thürnau Nachlieferung des Ergebnisses zusagt.

Den Ausführungen der StRinnen Bulle-Schmid und Meergans kann sich StR Serwani (FDP) "im Großen und Ganzen" anschließen. Er spricht sich für mehr Kontrollen und ein Grillverbot nach 22 Uhr aus. Er nehme den Max-Eyth-See selbst als Naherholungsgebiet in Anspruch und sei verärgert, wenn überall gegrillt werde und der Müll einfach liegen bleibe. Er plädiere ebenfalls für die Einrichtung von Grillstellen. Auch eine weitere Toilette am "Grünen Klassenzimmer" sei dringend notwendig. Zum Parkverhalten merkt er an, der P+R-Parkplatz werde am Wochenende überwiegend von Besuchern des Max-Eyth-Sees genutzt; "Umsteiger" auf dem Weg in die Innenstadt hätten keinerlei Möglichkeit, einen Parkplatz zu finden. Der Konflikt zwischen Fuß- und Radverkehr müsse schnellstens entschärft werden. Er gehe davon aus, dass der Bezirksbeirat mit dieser Mitteilungsvorlage nicht einverstanden sein werde.

BV Buhlmann (Mühl) dankt zunächst der Verwaltung, die im vergangenen Jahr auf schwierige Situationen unkompliziert und ad hoc reagiert habe. Er verweist auf einen

Aufruf zu einer School's-Out-Party am 27.07. in den Sozialen Medien; mit derartigen Spontanaktionen müsse regelmäßig umgegangen werden. An den Wochenenden seien seit Jahren ständig steigende Besucherzahlen zu verzeichnen. Es handle sich einerseits um ein Naherholungsgebiet, andererseits stelle sich die Frage, inwieweit die Infrastruktur und das Umfeld diesem Ansturm noch standhielten. Es müsse auch den Anwohnern am Wochenende möglich sein, das Gebiet zu nutzen. Aus seiner Sicht gebe es dennoch Stellschrauben, über die der Zustrom gesteuert werden könne. Diese seien das Grillen und die damit verbundene Anreise mit dem Auto, um das Equipment zu transportieren. Wenn vor Ort Grillmaterial wie Grillschalen und Sitzbänke zur Verfügung gestellt würden und die Möglichkeit bestehe, Grillkohle am Ende dort zu belassen, würden auch zahlreiche Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr vermieden. Wichtig sei eine entsprechende Kontrolle, allerdings könne ein Sicherheitsdienst keine Ordnungswidrigkeiten in Rechnung stellen. Das Gebiet sei hervorragend an den ÖPNV angebunden, was leider zu wenig genutzt werde. Die Forderung nach Einrichtung einer weiteren Toilette am "Grünen Klassenzimmer" sowie den Hinweis auf das Parkraummanagement kann der Bezirksvorsteher unterstützen, denn Letzteres korrespondiere mit dem Verkehrsstrukturplan für Hofen, in dem dies berücksichtigt werden könne. Die zweite Schranke sei ein absolutes Muss. Er bitte um eine Überarbeitung der Vorlage.

BM Thürnau erklärt, es handle sich lediglich um eine Mitteilungsvorlage zum aktuellen Stand. Der Bezirksbeirat habe sich bereits umfassend mit dem Thema befasst und eine "Prioritätenliste" als Grundlage geliefert. Ein zweites WC am "Grünen Klassenzimmer" sei machbar und am Ende nur eine Frage der Finanzierung. Die Hinweise zu den verkehrlichen Themen nehme er mit, er wolle jedoch noch die Ergebnisse aus dem Bezirksbeirat abwarten, um nach der Sommerpause erneut im STA zu berichten. Eine Besucherreduzierung könne erreicht werden, indem das Gebiet umzäunt und Eintritt verlangt werde. Er gehe jedoch davon aus, dass diese Möglichkeit von allen Beteiligten abgelehnt werde. Wenn eine Besucherreduzierung über ein "unangenehmes Angebot" erreicht werden solle, sei eine intensive Kontrolle umso wichtiger. Selbst wenn feste Grillstellen eingerichtet würden, gebe es weiterhin Menschen, die ihre eigenen Grills mitbrächten. Es funktioniere nur, wenn eine dauerhafte, regelmäßige Kontrolle eingeführt werde. Abschließend verweist er auf die bereits gültige Regelung, wonach Grillen im Winter bis 20 Uhr und im Sommer bis zum Einbruch der Dunkelheit erlaubt sei. Allerdings halte sich niemand an dieses Verbot. So ziehe sich der rote Faden der Kontrolle durch alle öffentlichen Angebote wie zum Beispiel auch in Freibädern.

Ergänzend zur Frage der Kontrolle verbunden mit dem Wunsch der Sanktionierung führt BM Dr. Maier aus, es gehe primär um die Einhaltung der Regeln, nicht um das Ausstellen von Strafzetteln. Die Erfahrungen, die man im letzten Jahr mit einem privaten Sicherheitsdienst am Marienplatz und am Feuersee gemacht habe, seien positiv, denn dieser habe zu einer deutlichen Beruhigung und Verbesserung der Situation beigetragen. Eine direkte Ansprache des Sicherheitsdienstes an auffällige Personen funktioniere, und 99 % der Angesprochenen kämen der Aufforderung nach. Bei dem einen Prozent, das Widerstand leiste, übernehme der Städtischen Vollzugsdienst (SVD) oder die Polizei. Es werde daher vorgeschlagen, sich eines privaten Sicherheitsdienstes zu bedienen, da dies vom SVD speziell am Wochenende personell nicht geleistet werden könne.

Mit der Aussage, manche Menschen hielten sich nicht an Regeln, kapitulierte man vor diesen Personen, so StRin Bulle-Schmid. Sie möchte wissen, bis zu welcher Uhrzeit der Sicherheitsdienst vor Ort sei, denn vor allem nachts käme es zu Störungen.

BM Dr. Maier betont, der Sachverhalt werde getrennt betrachtet. Das Grillen tagsüber finde innerhalb der erlaubten Nutzung statt und sei auch erwünscht. Für diesen Bereich werde ein Sicherheitsdienst vorgeschlagen, der so lange wie notwendig vor Ort bleibe. Dies sei der Vorteil eines privaten Anbieters, da hier das Personal flexibler bestellt und bedarfsgerecht eingesetzt werden könne. Ein anderes Thema stellten die Facebook-Partys dar, die nur punktuell auftauchten und mit dem Sicherheitsdienst, der ohnehin abends in der Innenstadt unterwegs sei, abgedeckt werden könnten. Dieser werde dann flexibel zum Max-Eyth-See geschickt. Selbstverständlich würden Verstöße gegen die geltenden Regeln nicht hingenommen.

Mit der Bemerkung, die Anregungen der Ausschussmitglieder aufzunehmen, stellt BM Thürnaeu fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)
Tiefbauamt/SES
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
AWS (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. *BezA Mühlhausen*
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand